

Die Macht auf dem Meer

China sichert sich seit Jahren Seehandelswege und investiert in riesige Häfen und Schiffe. Das Land verfolgt einen Plan, der scheinbar keine Grenzen kennt. **Seiten 18 und 19**

Fotos: 123rf/nerthuz, dpa/ Axel Heimken, Montage: nd



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 8./9. August 2015

70. Jahrgang/Nr. 183

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kinder, Küche, Karriereknick

Regina Stötzel über die berufliche Benachteiligung von Müttern

Eine Frau zu sein und Kinder zu bekommen, bedeutet ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko, und der Grund dafür liegt nicht zuletzt im wissenschaftlich belegten 80-prozentigen Karriereknick-Risiko. In Anbetracht der erschreckenden Zahl an die Unternehmer dieses Landes zu appellieren, auch das weibliche Humankapital mit Nachwuchs besser auszuschöpfen, ist eine Möglichkeit. Doch besteht die Gefahr, lange darauf warten zu müssen, dass die Bosse die Fachkräfte der Republik durchzählen und bei Mängeln, die sich irgendwo auftun, beschließen, die Mütter in ihrem Betrieb doch nicht zu benachteiligen. Jeder einzelne wählt stattdessen weiter die bequeme Variante und befördert den nächsten Mann, der ihm zur Verfügung steht. In selteneren Fällen sogar eine Frau ohne Kind.

Dass Mütter so »unbequem« sind, liegt daran, dass die meisten mindestens im ersten Lebensjahr des Kindes komplett ausfallen. Väter dagegen gelten bereits als fortschrittlich, wenn sie das Minimum von zwei Monaten Elterngeld nicht ausschlagen und die Zeit für einen ausgiebigen Urlaub mit Frau und Kind nutzen. Ansonsten gilt: Einer muss ja das Geld nach Hause bringen.

Solange die Biologie dafür verantwortlich gemacht wird, wer »der eine« ist, wird sich die Zahl beruflich benachteiligter Mütter nicht verringern. Die Politik kann Voraussetzungen schaffen, um die Lage zu verändern. Tun müssen es aber auch Paare mit einer gerechten Verteilung der Elternaufgaben.



Aufrecht wie Justitia

In der Affäre um Landesverrat geht es nun auch um Stolz

Berlin. Der von Justizminister Heiko Maas (SPD) gefeuerte Generalbundesanwalt Harald Range hat nichts mehr zu verlieren, er lässt sich nun erst recht nicht den Mund verbieten. In seinem Zwiist mit Maas legte er am Freitag nach und begründete seinen Auftritt vom Dienstag, bei dem er seinen Dienstherrn wegen Bevormundung der Justiz angegriffen hatte: »Ich wollte nicht wie ein geprügelter Hund vom Hof schleichen, sondern aufrecht durchs Tor gehen.« Maas, gegen den sich Rücktrittsaufforderungen häufen, gegen den aber auch mehrere Anzeigen wegen Strafreitelung im Amt vorliegen, muss sich nun selbst um seine politische Haut sorgen – und durchaus auch darum, ob er den aufrechten Gang wie Range bis zuletzt wahren kann.

In zwei Anzeigen von Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, die die Affäre letztlich auslösten, geht es um den Verrat von Plänen des Verfassungsschutzes zur Kontrolle des Internets. Maaßens Anzeige gegen unbekannt nennt jedoch durchaus die Betreiber von »netzpolitik.org«; immerhin ist dessen Chefredakteur Markus Beckedahl namentlich erwähnt. Darüber hinaus wird das Vertrauensgremium des Bundestags genannt, dem neun Abgeordnete angehören. Das Gremium hatte vom Verfassungsschutz zumindest eines der von »netzpolitik.org« veröffentlichten Dokumente erhalten, weil es über Ausgaben der Geheimdienste entscheiden muss.

»Das eigentliche Ziel des Vorgehens vom Bundesamt für Verfassungsschutz waren Journalisten und genau die Bundestagsabgeordneten, die für die Überwachung der Geheimdienste zuständig sind«, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Jan Korte. Beckedahl forderte im Gespräch mit »neues deutschland« erneut die Einstellung des Verfahrens, das trotz allem Hin und Her über Sinn und Angemessenheit weiterhin läuft. *nd/mit Agenturen*

Seiten 3 und 20

Foto: 123rf/konstantin

UNTEN LINKS

Auf der Baustelle der Elbphilharmonie nähern sich die Arbeiten der Endphase: Das Ziel, das Ding wie einen unten verrosteten und oben angeknabberten Altmallquader aussehen zu lassen, sei »praktisch erreicht«, so die Bauherren. Außerlich ist das Gebäude fertig. Der Innenausbau (bisher neun Jahre Bauzeit) soll nun jedoch um vorerst 24 Jahre verlängert werden: Beim Erstentwurf habe man die Konzertsäle, das Bällebad und die Steckdosen vergessen. Die bisherigen Arbeiten seien aber »gut im Plan«, teilte die Hamburger Kulturbehörde mit. Auch der Golfplatz zwischen dem Nagelstudio und den Lastwagenparkplätzen in der obersten Etage seien, so die Architekten, »fast fertig«. Wo genau im Gebäude der private Wellnessbereich »Schwarzwaldgrotte« für Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) entstehen soll, sei »noch nicht endgültig ausgemacht«, teilten die Planer mit. Die Elbphilharmonie soll 2038 feierlich eröffnet werden. Die Rede wird Helmut Schmidt (dann 120) halten. *tbl*

ISSN 0323-3375



»Zelte und Kasernen sind keine Lösung«

Not der Flüchtlinge: Städtetag und Mieterbund fordern mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau

Im Bundesbauministerium dürften die Alarmglocken läuten: Immer lauter wird angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen mehr Geld für den Sozialwohnungsbau gefordert.

Von Gabriele Oertel

Kein Tag ohne Hiobsbotschaften. Kein Tag ohne Lösungsvorschläge – halbherzig die einen, fordernd die anderen. Kaum ein Tag auch ohne Rettungsaktion für Hunderte Flüchtlinge auf dem Mittelmeer – eine in der Nacht zum Freitag gelang, eine andere zwei Tage zuvor wurde zur Tragödie. Während immer mehr Menschen auf Hilfe in der Not im reichen Deutschland hoffen, wird hierzulande heftigst über den Umgang mit Flüchtlingen diskutiert. Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) will sie in leerstehende Kasernen in den neuen Ländern stecken, Asylbewerber in Rheinland-Pfalz werden am Flughafen Hahn in einer Sporthalle der Landespolizeischule einquartiert, in Leipzig ziehen Flüchtlinge in ein ehemaliges Lehrlingswohnheim.

So groß die Bemühungen landauf landab – so unvollkommen die Maßnahmen. In der Hauptstadt herrschen vor der Erstanlaufstelle

für Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende zum Teil katastrophale Zustände bei mehr als 35 Grad für Hunderte Wartende, die nur mit Hilfe von Freiwilligen gemildert werden können. Mediziner und Verbände kritisierten am Freitag die hygienischen Bedingungen im Zeltlager in Dresden als unzureichend. Es bestehe die akute Gefahr von gefährlichen Durchfallerkrankungen und Hitzschlägen.

Derweil viele Helfer vor Ort in unermüdlichem Einsatz sind, um den Flüchtlingen wenigstens etwas Erleichterung zu verschaffen, werden im Internet nach wie vor fremdenfeindliche und rassistische Kommentare abgesondert und Asylbewerber wie deren Unterstützer beschimpft.

Und in der Bundespolitik deutet sich ein neuer Streit darüber an, wie man Asylsuchenden nachhaltig helfen kann. Das Deutsche Institut für Menschenrechte forderte Bund, Länder und Kommunen auf, den Zugang von Flüchtlingen zum Wohnungsmarkt in Deutschland zu verbessern. Es müssten Restriktionen abgebaut werden, die verhindern, dass nach Deutschland geflohene Menschen eine menschenwürdige Unterbringung finden. »In vielen Teilen Deutschlands sind Flüchtlinge gezwun-

gen, jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, was menschenrechtlich nicht haltbar ist«, erklärte das Institut am Freitag. Auch der Deutsche Mieterbund (DMB) hat seine Forderung bekräftigt, dass die Bundesregierung die bisherigen Mittel von jährlich 518 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau verdoppeln müsse. Wenn Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) erkläre, dass mehr für die soziale

»Der Bund wird sich im Milliardenbereich engagieren müssen.«

Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städtetages

Wohnraumförderung getan werden müsse, dürfe sie dabei nicht nur auf die Länder schielen, erklärte der DMB-Geschäftsführer Ulrich Ropertz im nd-Interview. »Wir brauchen mittel- und kurzfristig mindestens zwei Millionen neue Sozialwohnungen.« Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Erfordernisse, die sich aus den steigenden Flüchtlings-

zahlen ergeben. »Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge gegen Einkommensschwache ausgespielt werden. Also muss verstärkt soziale Wohnraumförderung betrieben werden – als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommune.« Zelte, Kasernen, Turnhallen und Container seien keine Lösung. Unterstützung für diese Forderung bekam der DMB vom Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, Ulrich Maly (SPD). Der sagte der »Rheinischen Post«: »Der Bund wird sich bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Milliardenbereich engagieren müssen.«

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Florian Pronold (SPD), lehnte indes ein spezielles Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge ab. Dies würde letztlich zur Ghettoisierung führen, warnte er in der »Passauer Neuen Presse«. Fest stehe aber, dass es einen großen Bedarf an preisgünstigen Wohnungen gebe. Daher müsse der soziale Wohnungsbau »deutlich ansteigen«. Davon profitierten auch Flüchtlinge, die dauerhaft hier bleiben. Er könne sich gut vorstellen, dass »der Bund die Länder dabei mit zusätzlichen Mitteln unterstützt«. *Seiten 2, 5, 6 und 13*

Karrierekiller Schwangerschaft

Studie: Kinder haben bei 80 Prozent der Frauen Auswirkungen auf Beruf

Frankfurt am Main. Eine Schwangerschaft zählt für Frauen noch immer zu den größten Karrierehindernissen. Einer Studie der Fachhochschule Frankfurt zufolge haben Kinder bei 80 Prozent der Frauen Auswirkungen auf die berufliche Laufbahn. 66 Prozent der befragten Arbeitnehmerinnen mussten nach der Rückkehr aus Mutterschutz oder Elternzeit eine Tätigkeit mit geringerem Einfluss, niedrigerer Bezahlung oder schlechteren Aufstiegschancen hinnehmen. 65 Prozent der Frauen fühlten sich nach der Rückkehr diskriminiert und in ihren beruflichen Fähigkeiten herabgesetzt, heißt es weiter.

»Gesellschaftspolitisch ist das ein fatales Signal«, erklärte Yvonne Ziegler, eine der Autorinnen der Untersuchung. »Beruflich engagierten Frauen wird vor Augen geführt, welche negativen Folgen eine Schwangerschaft für die eigene Karriere haben kann.« 70 Prozent der Frauen fürchteten schon vor der Auszeit eine berufliche Benachteiligung. Zwölf Prozent hatten Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. 30 Prozent der beschäftigten Frauen konnten ihre alte Position nach der Schwangerschaft tatsächlich nicht wieder antreten, weil die Stelle gestrichen oder neu besetzt wurde.

Zwar gaben 80 Prozent der Befragten in der Studie an, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Für 58 Prozent der Frauen war diese Doppelbelastung aber auch das größte Karrierehindernis. Um beide Bereiche besser bewältigen zu können, wünschte sich etwa jede zweite Mutter flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitkonten. 42 Prozent der Befragten würden ein Jobsharing-Modell in Anspruch nehmen. 31 Prozent sprachen sich für kürzere Arbeitszeiten aus. Zum Teil werden die Wünsche der Untersuchung zufolge bereits erfüllt. Bei 16 Prozent der Befragten wird allerdings keines der Modelle angeboten.

Die Studie empfiehlt Arbeitgebern und schwangeren Frauen, Ausstieg und Rückkehr in den Arbeitsalltag zuvor detailliert zu besprechen. Berufstätige Mütter seien für viele Unternehmen eine Ressource, deren Potenzial noch nicht optimal genutzt werde. *epd/nd*

Taskforce soll BER retten

Pleite einer Baufirma gefährdet Fertigstellung des Flughafens

Berlin. Auf der Baustelle des Hauptstadtflughafens BER sind am Freitag Bauleute der Gebäudeausrüstungsfirma Imtech nicht zur Arbeit erschienen: erste Folge des Insolvenzverfahrens, den die Deutschland-Tochter des niederländischen Unternehmens am Donnerstag stellen musste. Imtech hat in Deutschland rund 4000 Beschäftigte. Am BER gehört das in diverse Korruptionsskandale verwickelte Unternehmen zu den wichtigsten Baufirmen.

Flughafenchef Karsten Mühlenfeld hat eine »Taskforce« eingesetzt, um die Folgen der Insolvenz zu prüfen. Er rechnet mit Auswirkungen »auf unsere Meilenstein-Planung«, nach der der Abschluss der baulichen Arbeiten im März 2016 vorgesehen ist. Martin Delius (Piraten), Vorsitzender des BER-Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, hält auch die für das zweite Halbjahr 2017 geplante Eröffnung für »stark gefährdet«. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD), der auch Vorsitzender des BER-Aufsichtsrates ist, erwartet, »dass alles dafür getan wird, um die Auswirkungen einer solchen Insolvenz so gering wie möglich zu halten«. Der Insolvenzverwalter kündigte an, alle Bauvorhaben der Imtech in Deutschland fortzuführen zu wollen.

Gegen eine weitere öffentliche Finanzspritze für den Flughafen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro haben Lärmbetroffene unterdessen Beschwerde bei der EU-Kommission in Brüssel eingeleitet. *bka* *Seite 13*